



Referat Kundgebung 17. Oktober, 2008, Münsterplatz, Bern:

Nein zur Sozialapartheid in der Schweiz!

Branka Goldstein, Präsidentin IG Sozialhilfe

Armut bedeutet allumfassenden Mangel, grenzt aus und macht krank. Armut und Reichtum bedingen einander: Rücksichtslose Profitmaximierung der Privatwirtschaft und die Sparmassnahmen des Staates treiben immer mehr Menschen in Armut. Die Herrschaftsverhältnisse, die Umverteilung von Arm zu Reich, schreitet bedrohlich voran! Der ständige Überlebenskampf zermürbt, verzehrt die Kräfte und zerfrisst das Selbstbewusstsein und dies ist Gewalt!

So kommt „ein nationales Forschungsprogramm (NFP 52) zum Schluss: Zu viele Kinder leben in Armut... ein Viertel lebt im Prekariat. Es sei skandalös, dass hierzulande acht Prozent der Kinder und Jugendlichen in Armut aufwachsen müssen. Dies sei definitiv um so stossender, als bei Minderjährigen nicht gesagt werden könne, dass sie selber Schuld an ihrer misslichen Situation trügen.“ (1)

Übereinstimmend erklären SozialhilfebezügerInnen, dass ein menschenwürdiges Leben mit den Almosen der Wohlstandsgesellschaft nicht möglich ist. Die Unterstützungsleistungen der Öffentlichen Sozialhilfe spotten den hohen Lebenshaltungskosten in der Schweiz. Vom sozialen Existenzminimum kann keine Rede sein! Nicht einmal der Teuerungsausgleich wird denen bezahlt, die ihn am nötigsten haben! Welch ein Hohn! Doch niemand bemerkt es!

Viele Eltern sind SozialhilfebezügerInnen. Andere schufteten Tag und Nacht, ruinieren ihre Gesundheit, für das Überleben der Familie: So wachsen immer mehr Kinder und Jugendliche in der reichen Wohlstandsgesellschaft im Bewusstsein auf, dass sie am gesellschaftlichen Leben nicht teilhaben können. Durch Armut und/oder fehlender Fürsorge bleiben ihnen gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten verwehrt: Sie erleben sich als „zweitklassige Menschen“. Das Leid, das Kindern und Jugendlichen angetan wird, hinterlässt oft irreparable Schäden. Darum ist es dringend nötig, dass Krippen und Horte, für armutsbetroffene Kinder kostenlos sind und die Kinder unbürokratisch aufgenommen werden, auch wenn deren Eltern nicht berufstätig sein können. Dies wäre aktiver Kinderschutz! Kinderspitäler betonen den Zusammenhang von Kindsmisshandlungen und den schlechten sozialen Lebensbedingungen der Familien. Viele Drogenabhängige sind Gewaltopfer! Zwar finden alle Kindsmisshandlungen und sexuelle Ausbeutung von Kindern schlimm: Doch, dass die Opfer an erlittener Gewalt zerbrochen sind und darum nicht die Kraft aufbringen, einen Beruf zu erlernen, erwerbstätig zu sein, über diesen Zusammenhang wird kaum nachgedacht noch weniger gibt es dazu Mediens Schlagzeilen.

Gewaltopfer werden oft zu SozialhilfebezügerInnen und sind wiederum ohnmächtig und hilflos der strukturellen Gewalt der Sozialämter ausgesetzt - und dies nach überlebter brachialer Gewalt: Opfer werden geopfert! Und die Öffentlichkeit schweigt dazu!

„Armut ist die schlimmste Form von Gewalt“, sagte Gandhi. Darum geht es heute: Wir wollen die Öffentlichkeit aufrütteln und aufzeigen, wie gewalttätig die Schweiz mit Armutsbetroffenen umgeht. Durch schwere Schicksalsschläge sind Menschen gezwungen IV-

RentnerIn zu werden. Bis jedoch die IV –Rente ausbezahlt wird, sind sie SozialhilfebezügerInnen. Andere finden keine Stelle oder sind wegen Dumping-Löhnen sozialhilfeabhängig. Dies zu ertragen ist schon schwer genug, denn niemand will arm, krank, behindert und ausgegrenzt sein! Doch nicht genug damit: Sie sind auch noch diskriminierenden Kampagnen ausgesetzt, der gesellschaftliche Verfemung, die allen Sozialmissbrauch unterstellt. Auch dies muss heutzutage noch ausgehalten werden. Viele erleben dies als Angriff auf ihre Menschenwürde. Dies ist brutale verbale Gewalt gegen SozialhilfebezügerInnen und IV-RentnerInnen.

Jede Form von Gewalt verletzt – Verletzungen schmerzen! Der Schmerz kann unerträglich werden: So äussern SozialhilfebezügerInnen verzweifelt immer wieder Selbstmordabsichten, da sie entmenschlicht und nur noch als Kostenfaktor gesehen werden.

Ausgrenzung wird betrieben, obwohl ständig und überall beflissen von Integration gesprochen wird. In der Schweizerischen Bundesverfassung gibt es viele Freiheits- und Eigentumsrechte, aber keine Sozialrechte zur Existenzsicherung! Es gibt nur Sozialziele: Dies bedeutet, dass es keinen Verfassungsanspruch auf Existenzsicherung gibt! Die Sozialhilfegesetze der Kantone enthalten keine verbindlichen Gesetze, sodass Sozialhilfe Ermessenssache ist, also Willkür!

Es gibt kein einklagbares Recht auf eine Wohnung, auf Bildung als Erwachsener und nicht einmal einen einklagbaren Rechtsanspruch auf umfassende medizinische Behandlung, Betreuung und Pflege: Armutsbetroffene sind im Zeitalter der Spitzenmedizin unterversorgt. Nicht einmal die Spitex –Haushaltskosten werden von der Krankenkasse übernommen! Armutsbetroffene sterben vorzeitig; sie haben gegenüber Wohlhabenden durchschnittlich eine sieben Jahre geringere Lebenserwartung. Das Risiko schwer zu erkranken, vorzeitig zu sterben, einen Unfall zu erleiden oder von Gewalt betroffen zu sein, ist in jeder Lebensphase etwa doppelt so hoch (2). Darum muss das Pensionsalter flexibel werden ohne Rentenkürzung!

Armut und Ausschluss eines zunehmenden Teils der Bevölkerung, bedeutet Teilung der Gesellschaft! Das ist Sozialapartheid. Die Kluft der harten Lebensrealität der Armutsbetroffenen und den Selbstverständlichkeiten der Integrierten in der Wohlstandsgesellschaft wächst und verhindert zunehmend die Verständigung der Menschen. Kommunikation ist oft kaum möglich, sodass Armutsbetroffene von Ämtern und Behörden ungerecht behandelt werden.

Menschenrechtsverletzungen durch Armut sind alltäglich in der Schweiz, weil es keine Sozialen Rechte gibt. Diese Verletzungen lassen verstummen oder führen zur Gegengewalt an noch schwächeren, rechtlosen Menschen, den Flüchtlingen. Mit der Ausbreitung der Armut bei Einheimischen nehmen brutale Gewaltübergriffe gegen Fremde zu. Darum: Wer die sozialen Missstände, die soziale Ungerechtigkeit und die Armut der einheimischen Bevölkerung übersieht, leistet Schützenhilfe zur Fremdenfeindlichkeit und Rassismus!

Alle sollen am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben, Einheimische und Flüchtlinge!
Darum Ausbau statt Abbau im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen für alle!

Stopp der Sozialapartheid in der Schweiz!

Für einklagbare soziale Rechte in der Bundesverfassung!

(1) Aus Tages-Anzeiger 27. August 2007, S. 3

(2) Aus Krankheit und Armut: Bis zu sieben Jahren verloren, Deutsches Ärzteblatt 102, Ausgabe 19, 13.5.2005